



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Tagung zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz - was kann getan werden?“ am 10. April 2019 in Ochtendung

Begrüßung und Einführung

Begrüßungen:

- Dank an Ersten Beigeordneten Nauroth (Landkreis Mayen-Koblenz) für sein Grußwort,
- Abgeordnete und Vertreter des Deutschen Bundestags,
- Abgeordnete des Landtags und Vertreter der Fraktionen,
- Besonders begrüßen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Hans-Joachim Fuchtel, der im Anschluss zu uns sprechen wird über „Ländliche Räume als Zukunftsstandorte“,
- für die Landesregierung den Chef der Staatskanzlei Clemens Hoch,
- für die ADD und die SGD´s: den Präsidenten der SGD Süd und die Vizepräsidentin der ADD,
- für die Partnerverbände der kommunalen Spitzenverbände den Vorsitzenden des GStB, Herrn Aloysius Söhngen,
- zahlreiche Landräte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, ebenso Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister,
- ganz herzlich auch die Bürgermeisterin von Ochtendung, Frau Rita Hirsch, danke, dass wir in Ihrer schönen Kulturhalle tagen dürfen,
- Vertreterinnen und Vertreter von Ministerien, des Landesrechnungshofes und der Landesbehörden,
- stellvertretend für die Kammern, der Vizepräsident der Landwirtschaftskammer, Herr Metternich, und Herr Böhme, Vizepräsident der Architektenkammer,
- Vertreter der Hochschulen,
- für die Gewerkschaften: die Landesvorsitzende des DBB Frau Lenz und den Vorsitzenden der Komba, Herrn Führ,
- die Präsidentin des Sparkassenverbandes Frau Läsch-Weber,
- den Direktor der Pfälzischen Pensionsanstalt, Herrn Schmitt,

- 1 -

- die Geschäftsführerin der ZIRP Frau Arend,
- Vertreterinnen und Vertreter der Parteien.
- Danke an die TU Kaiserslautern, Frau Tröger-Weiss mit ihrem Team und an Frau Hauptgeschäftsführerin Dr. Franke und Frau Sämmer für die Vorbereitung der Tagung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie heute alle zu uns nach Ochtendung gekommen sind, zeigt, wie stark das Interesse am ländlichen Raum ist und an einer Strategie, diesen zu stärken.

Mit unserer ersten Veranstaltung in unserer Reihe „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz“ fragen wir: Was kann getan werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten. Das führt unweigerlich und vorrangig - auch wenn die Städte dies sicherlich anders sehen - zu der Frage, was können wir für die ländlichen Räume tun, wie können wir sie stärken und wie in eine sichere und gute Zukunft führen.

Wir schauen „über den Zaun“. Beispiele aus Rheinland-Pfalz kennen Sie und wir alle genug. Aber, wie machen es die anderen? Wir müssen das Rad nicht immer neu erfinden. Wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse erreichen wollen, dann müssen wir konkret werden - konkrete Projekte umsetzen.

Wir wollen keine „lost regions“ in Rheinland-Pfalz, keine „vergessenen Regionen“, in denen die Menschen keine Perspektiven mehr sehen.

Eine aktuelle Studie des Berlin-Instituts macht ein Ranking. Dort belegt Gelsenkirchen den letzten Platz und Pirmasens den vorletzten Platz in ganz Deutschland. Also nicht mehr nur im Osten, sondern auch der Westen gibt es Räume mit gravierenden strukturellen Problemen.

Meine Damen und Herren, der eine oder die andere unter Ihnen wird fragen, was geht das denn die Kreise an, das ist doch Aufgabe der Gemeinden. Darauf antworten wir: wir lassen unsere Gemeinden mit ihren Herausforderungen nicht allein.

Dabei wollen wir unseren Blick nicht in erster Linie darauf werfen, was im Argen liegt, wo Defizite bestehen und welche Regionen „abgehängt“ werden könnten. Wir wollen zeigen, welche Kräfte in den ländlichen Räumen vorhanden sind. Welche guten Beispiele es gibt, diese zu mobilisieren und das Dorf, die Gemeinde voranzubringen und fit für die Zukunft zu machen. Es gibt zahlreiche Projekte in den Kommunen, die beweisen, dass der ländliche Raum lebendig ist und gestaltet.

Ich möchte unsere Bundeslandwirtschaftsministerin und Co-Vorsitzenden der „Gleichwertigkeitskommission Julia Klöckner zitieren, die gesagt hat „Ländliche Räume sind das Kraftzentrum Deutschlands“. Das macht Hoffnung, denn damit wird der Stellenwert deutlich.

Eine Reihe dieser Beispiele finden Sie in der Tagungsmappe. In unserer Pressereihe „zukunft.leben.ländlicher.raum“ stellen wir Projekte in den Landkreisen vor, die ihren Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums leisten und die zum Nachahmen anregen sollen. Die Information über Projekte ländlicher Entwicklung ist eine wesentliche neue Aufgabe der sich der Landkreistag stellt.

Es gibt viele Ansätze, die Mut machen und zeigen, dass sich das Engagement für den ländlichen Raum lohnt. Dass mit guten Ideen, vereinten Kräften und einer konsequenten und engagierten Umsetzung gute Voraussetzungen für ein aktives und attraktives Leben und Arbeiten im ländlichen Raum geschaffen werden können.

Warum ist das so? Weil in den Dörfern das ehrenamtliche Engagement erfreulicherweise sehr groß ist. Hier wird noch miteinander über gemeinsame Themen und für den Heimatort gestritten, diskutiert und auch gestaltet. Die Dörfer werden nicht umsonst als „Horte der Demokratie“ bezeichnet. Sie verdienen es, dass wir sie auf ihrem Weg unterstützen.

Daher lehnen wir, der Landkreistag, die Empfehlungen des Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, künftig Förderimpulse auf ostdeutsche Großstädte und Ballungszentren zu konzentrieren und damit die ländlichen Räume im Ergebnis von der Agenda zu nehmen, mit aller Entschiedenheit ab. Wir warnen davor, den Gegensatz zwischen Stadt und Land und zwischen Ost und West zu schüren. Stattdessen müssen wir Beides zusammen denken. Und sicherstellen, dass die ländlichen Räume ebenso gute Zukunftschancen haben wie die Städte. Und das bedeutet: wir müssen aktiv werden für unsere Dörfer!

Die ländlichen Räume sind Heimat für rd. ein Drittel der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz. Dieses Drittel lebt auf rd. 60 % der Gesamtfläche dieses Landes in 1.522 Gemeinden. Im kreisangehörigen Raum leben rd. drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

Die ländlichen Räume sind außerdem Standort für zahlreiche Unternehmen, die unser Land erfolgreich machen und den Menschen vor Ort Arbeitsplätze bieten. Daß Infrastrukturen ländlichen Räumen in ihrer Entwicklung helfen wird z.B. im Westerwald entlang der A3 und der ICE-Strecke deutlich.

Die Digitalisierung bietet die Chance weitere Arbeitsplätze aufs Land zu bringen.

Ich möchte hier auch nichts schönreden. Es wird vielerorts nicht einfach werden. Die Herausforderungen sind groß, die Ausgangslage oftmals alles andere als günstig oder hoffnungsvoll.

In diesem Sinne möchte ich unseren Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier zitieren:

„Es muss daher beides zugelassen werden: den festen Glauben an die Zukunft der ländlichen Räume und den realistischen Blick auf dessen besondere Herausforderungen“.

Eine dieser besonderen Herausforderungen - das haben wir auf dem Kommunalkongress Mitte März in Bitburg erfahren - sind die Wanderungsbewegungen der jungen Menschen im Alter bis zu 35 Jahren in die Schwarmstädte. Wir müssen uns fragen: warum ist das so? Ziehen die jungen Leute in die Städte, weil sie dort besser Arbeit finden? Oder weil ihre Freunde dort leben, weil sie dort auf mehr junge Menschen treffen als in den Dörfern. Wir haben die Abwanderung aber auch bei älteren Menschen im Rentenalter. Sie verlassen ihre Dörfer aus ganz anderen Gründen als die Jungen: weil sie nicht mehr selbstbestimmt und mobil zu Hause leben können.

Wie können wir diese Menschen halten? Wie können wir sie bewegen, zurück oder sogar erstmals aufs Land zu ziehen. „Raus auf's Land!“ muß die Devise lauten, selbstbewußt!

Wir müssen die Dorfzentren beleben, eine Dorfmitte schaffen, in der sich Jung und Alt trifft, zum Einkaufen, zum gesellig sein, zum miteinander sprechen, feiern, arbeiten und leben. Es müssen Einkaufsangebote vorhanden sein, eine Apotheke, einen Bäcker, einen Metzger, der Supermarkt oder Dorfladen, die KiTa und die Schule. Und natürlich Arztpraxen. Leerstände im Ort müssen belebt werden. Auch die Coworking-Spaces oder neudeutsch Dorf-Büros genannt können die Dorfmitte neu beleben, indem Dorfbewohner und Nachbarn dort gemeinsam über Homeoffice arbeiten.

In Nordrhein-Westfalen hat man ein Förderprogramm für „Dritte Orte“ geschaffen, das sind multifunktionale Räume und Einrichtungen für Kultur, Weiterbildung, Jugend und Freizeit. Die also das soziale Gefüge, die örtliche Gemeinschaft, stärken.

Das alles können wir natürlich nicht verordnen. Das geht nicht top down. Das kann nur von den Menschen im Dorf selbst initiiert werden. Wie wir heute Nachmittag und vertieft in einer Folgeveranstaltung am 16. August, zu der ich Sie bereits jetzt herzlich einlade, erfahren werden, sind es insbesondere bürgerschaftlich organisierte Genossenschaften, die hier initiativ werden und einen Dorfladen gründen, eine Mitfahrgemeinschaft oder ein Wohn- und Pflegeprojekt für ältere Menschen.

Es gibt dort als Vorschläge für die „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Wir Kreise begreifen diese Unterstützung als unsere überörtliche Pflicht. Wir begrüßen die Initiative des Landes Kreisentwicklungskonzepte zu fördern und die Initiierung von Dorfentwicklungsprojek-

ten oder einem Zukunfts-Check-Dorf, wie das z. B. im Eifelkreis Bitburg-Prüm unser Kollege Dr. Streit betreibt. Andere Kreise haben auch diesen Weg beschritten oder sind gerade dabei.

Wir müssen außerdem das Ehrenamt stärken. Denn es sind die Ehrenamtlichen, die solche Prozesse anstoßen. Sie sind es, die mit viel Engagement, persönlichem Einsatz und Hartnäckigkeit ihr Dorf voranbringen und nicht nur für gute Ideen stehen, sondern auch für deren Umsetzung, die oftmals schwierig und mühsam ist. Hauptamtliche müssen Ehrenamtliche bei ihrer Arbeit unterstützen, ihnen helfen, ihren Weg durch das Dickicht aus Regelungen und Formalien zu finden. „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ so lautet eine neue Förderinitiative des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Und eine Sache ist ganz entscheidend, um unsere Ehrenamtlichen zu stärken, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir dürfen ihnen nicht noch mehr Steine in den Weg legen. Und hier schaue ich auf die Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform: Im Zuge der Bürgerbeteiligung zur ersten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform gab es eine Studie zur Frage, mit welcher Gebietskörperschaft sich die Menschen vor Ort identifizieren. Hier gab es relativ hohe Werte für die Kreise. Wir kennen das ja auch im Zusammenhang mit den Kfz-Kennzeichen. Hier erfreuen sich die Kennzeichen der alten Kreise größter Beliebtheit. Wenn dann Kreise mit Blick auf illusorische Fusionsrenditen zusammengelegt werden sollen, entfremden wir die Menschen immer mehr von der Kommunalpolitik. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Ehrenamt. Dann verlieren wir unsere Ehrenamtler. Wenn wir dann noch für diejenigen, die sich weiter engagieren, die Wege verlängern, dann haben wir dem Ehrenamt einen Bärendienst erwiesen. Stattdessen fordern wir Dezentralisierung, denn eine Überschaubarkeit von Strukturen und Bürgernähe sind gute Voraussetzungen dafür, die Menschen weiterhin für das Ehrenamt zu begeistern.

Statt Zentralisierungsbestrebungen durch Gebietsreformen umzusetzen, sollten wir also eine konsequente Dezentralisierungsstrategie verfolgen: Ämter und Behörden in die Fläche bringen, Hochschulstandorte in den ländlichen Räumen verorten. Ämter und Behörden im ländlichen Raum haben allerdings nur dann einen Sinn, wenn sie auch Aufgaben haben, daher sollte im Sinne einer Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung über eine Verlagerung von Aufgaben von zentralen Landesbehörden auf die Kreise nachgedacht werden wie das z.B. Bayern und Baden-Württemberg gemacht haben.

Ein anderes Stichwort lautet Mobilität: Wir brauchen nicht nur intakte Straßen auf dem Land, wir brauchen auch und insbesondere eine gute Anbindung an den ÖPNV. Der Landkreistag setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, dass der ÖPNV zur Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung wird. Es ist völlig unverständlich, dies heute noch als freiwillige Aufgabe zu begreifen und es kann nicht

sein, dass wir uns mit der Kommunalaufsicht darüber streiten müssen, ob wir hier Angebote schaffen oder aufrechterhalten dürfen.

Eine weitere ganz wichtige Grundvoraussetzung ist eine digitale Infrastruktur auf dem Land. Bei der Versorgung mit Glasfaseranschlüssen ist Rheinland-Pfalz bereits auf einem guten Weg. Hier arbeiten Land und Kreise gut zusammen, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Allerdings brauchen wir auch eine gut ausgebaute Mobilfunkinfrastruktur. 5 G darf nicht nur ein Privileg der Städte sein. Und es darf sich auf dem Land nicht nur auf eine Versorgung der Haushalte beschränken. 5 G muss es auch auf landwirtschaftlichen Flächen geben. Wir haben heute viele gute Ideen für smart farming. Aber was nützen sie uns, wenn der Landwirt keinen Netzempfang hat? Und wie sollen wir Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln oder halten, wenn diese nicht auf schnelles Internet zugreifen können? 5 G ist die zentrale Technologie für die digitale Zukunft. Hier darf es keine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land geben, sonst stellen wir den ländlichen Raum komplett als Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsstandort infrage.

Und schließlich und endlich müssen wir auch Geld in die Hand nehmen, um unsere ländlichen Räume zukunftsfähig zu machen oder zu halten. Das bedeutet nicht nur, dass wir mehr Förderprogramme auch außerhalb der Landwirtschaft auflegen müssen. Wir müssen sie auch zusammenführen und vereinfachen, damit sich die Akteure vor Ort in dem Förderangebot zurechtfinden können. Es bedarf zudem Förderlotsen und mehr Informationsangebote, damit die Ehrenamtlichen vor Ort das für sie passende Förderprogramm finden und nutzen können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei dringende Bitten an den Bund und das Land richten:

Vom Bund erwarte ich mir, dass die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse zu guten Ergebnissen für die ländlichen Räume gelangt. Diese Ergebnisse dürfen nicht zum Papiertiger werden, sondern müssen rasch umgesetzt werden. Es muss ein echter Mehrwert für unsere Dörfer herauskommen! Die „Landmilliarde“ muß klug eingesetzt werden

Vom Land fordere ich mehr finanzielle Unterstützung für den ländlichen Raum ein. Der Landkreistag hat mehr finanzielle Mittel für die ländlichen Räume gefordert – leider erfolglos. Wir werden in zwei Jahren Gelegenheit haben, uns erneut mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen und insbesondere des ländlichen Raums zu befassen.

„Gleichwertigkeit“ ist nicht nur die Frage des Umgangs mit Altschulden, die das Land in der Gleichwertigkeitskommission gerne zum Hauptthema macht. Nein, es geht um Strukturpolitik und um Zukunftsgestaltung!

Ich danke den Referenten des heutigen Tages, dass sie uns mit ihren Beiträgen und Impulsen dabei unterstützen, unsere Dörfer fit für die Zukunft zu machen. Und ich danke Ihnen allen, dass Sie gekommen sind, um mit uns über Strategien und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Es zeigt mir, dass in Rheinland-Pfalz viele Menschen in den Kommunen, Landräte, Bürgermeister und Mitglieder von Gemeinderäten, Menschen in Verwaltungen, Verbänden und gesellschaftlichen Institutionen an unsere Dörfer glauben und sie aktiv auf ihrem Weg in die Zukunft unterstützen.

Ich danke Ihnen allen dafür.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat von Vaclav Havel:

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Und nun wünsche ich uns allen eine gute und erfolgreiche Veranstaltung und freue mich auf den Vortrag des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeslandwirtschaftsministerium, Herrn Hans-Joachim Fuchtel.